

<http://www.handelsblatt.com/my/politik/deutschland/jamaika-sondierungsgespraeche-protokoll-des-scheiterns/20611316.html?ticket=ST-324104-wiGei9fT1gFJli2c5Ldw-ap1>



Jamaika-Sondierungsgespräche

Protokoll des Scheiterns

von: [Thomas Sigmund](#) und [Jan Hildebrand](#)

Datum: 22.11.2017 06:12 Uhr **Premium**

Die Republik rätselt, warum FDP-Chef Christian Lindner die Gespräche mit Union und Grünen nach mehr als vier Wochen abrupt beendete. Kanzlerin Angela Merkel hätte es wissen können. Dokumente der Sondierungsgespräche vom Sonntag erzählen jedenfalls die Geschichte eines absehbaren Scheiterns.



Lange nächtliche Sondierungsgespräche

Am Ende überwogen bei den Gesprächspartnern von CDU, CSU, FDP und Grünen die Differenzen.

[\(Foto: dpa\)](#)

Berlin Tief enttäuscht zeigte sich [Angela Merkel](#) (CDU) nach dem Scheitern der Jamaika-Gespräche. „Nach meiner Wahrnehmung waren wir wirklich auf der Zielgeraden“, sagte sie in ihrem ersten Fernsehinterview nach dem Ende der Sondierungen. Nach vier Wochen mühsamer Verhandlungen in großen und kleinen Kreisen hatten sich Union, [FDP](#) und Grüne Sonntagabend endlich angenähert. Die Einigung stand kurz bevor. Doch dann brach [FDP](#)-Chef [Christian Lindner](#) die Sondierungen um 23.46 Uhr abrupt ab. So zumindest klingt das nun bei der Kanzlerin und vielen anderen Politikern von Union und Grünen.

Angesichts der politischen Krise, welche das Jamaika-Aus hinterlässt, sucht die Öffentlichkeit einen Schuldigen. Und der scheint mit Lindner schon gefunden. Hat der FDP-Chef eine greifbare Einigung mutwillig sabotiert? War man kurz vor dem Ziel, wie Merkel sagt?

Ganz so einfach ist es nicht. Dokumente der Sondierungsgespräche vom Sonntag, die dem Handelsblatt vorliegen, vermitteln zumindest einen anderen Eindruck. Sie erzählen die Geschichte eines absehbaren Scheiterns, an dem keiner der Beteiligten unschuldig ist. Die Papiere bilden zwar nicht die letzten Stunden der Gespräche bis Mitternacht ab, da mit fortgeschrittener Zeit weniger Papier produziert wurde. Doch machen die Dokumente deutlich: Die Zielgerade war selbst am Sonntagnachmittag, weniger als zwei Stunden vor der selbst gesetzten Einigungsfrist, noch sehr lang.



[Jamaika-Sondierungen](#)Dokument 1: Entwurf Gesamt-Verhandlungsstand Sondierungsgespräche

Ausgangslage für das Wochenende des Scheiterns war ein Dokument vom Freitagabend. Auf 62 Seiten hatten Union, FDP und Grüne den Verhandlungsstand zusammengefasst. Unter normalen Umständen wäre das ein halber Koalitionsvertrag. Doch in dem Papier gab es noch weit über 200 strittige Punkte. Was dann Samstag und Sonntag geschah, darüber gehen die Erklärungen der Parteien weit auseinander. Während Merkel sich kurz vor dem Abschluss der Gespräche wähnte, sagte Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) am Sonntagnachmittag, die ernstesten Verhandlungen der Chefs seien „kein Theaterdonner“. Bayerns Ministerpräsident [Horst Seehofer](#) (CSU) erklärte kurz darauf, man stehe noch vor einem „Berg von Problemen“.

Fakt ist: Nach 50 Tagen Sondierungsgesprächen gab es auch am Sonntagnachmittag kaum Einigkeit zwischen [CDU](#), [CSU](#), FDP und Grünen. Allein das Kapitel 8 „Flucht und Asyl, Migration und Integration“ verzeichnet „Stand Sonntag 14.45 Uhr“ noch mehr als 20 strittige Punkte. Beim Hauptdissens des Familiennachzugs sind alle Positionen der Parteien noch in eckige Klammern gesetzt.

Ähnlich einbetoniert sieht die Lage beim Streit um den Kohleausstieg aus. Hier können die Unterhändler auch „Stand 16.15 Uhr“ nur Dissens festhalten. „Zur Wahrung der Versorgungssicherheit wird die Kohleverstromung bis zum Jahr 2020 um höchstens drei bis fünf Gigawatt reduziert“, lautet die Position von [CDU](#), [CSU](#) und FDP. Die Grünen halten daran fest, „dass die Kohleverstromung bis zum Jahr 2020 um zusätzlich acht bis zehn Gigawatt zu reduzieren ist“.

Während man bei Familiennachzug und Klimaschutz immerhin noch um Zahlen streitet, ist das Finanztableau am Sonntag eine einzige Leerstelle. Unter der Rubrik „Prioritär umsetzen und finanzieren“ finden sich lauter Klammern ohne Zahlen. Weder bei „Investitionen in die Zukunft“, „Fami-

lien, Kinder, Bauen“, „Umwelt und Entwicklung“ oder „Steuerliche Entlastung“ ist irgendein Betrag vorgesehen. Offenbar war es die Verhandlungsstrategie der Union, das Finanztableau erst zum Schluss aufzurufen. Die FDP fürchtete, dass ihre Entlastungswünsche dann dezimiert würden.



[Jamaika-Sondierungen](#)Dokument 2: Sondierungsgespräche Flucht und Asyl, Migration und Integration



[Jamaika-Sondierungen](#)Dokument 3: Sondierungsgespräche Klima, Energie und Umwelt



[Jamaika-Sondierungen](#)Dokument 4: Sondierungsgespräche Finanzpolitik



[Jamaika-Sondierungen Dokument 5: Ergänzungspapier Basisabsicherung](#)



[Jamaika-Sondierungen Dokument 6: Ergänzungspapier Ländlicher Raum](#)

Die Papiere legen den Eindruck nahe, dass es seit Donnerstag, als die Parteichefs das erste Mal eine selbst gesetzte Frist zur Einigung rissen, so gut wie keine Fortschritte gab. Angesichts der kaum abzuarbeitenden Liste der Streitpunkte warnten die Unterhändler schon da, es stehe Spitz auf Knopf. Am Samstagabend legte dann FDP-Chef Lindner nach und erklärte, dass am Wochenende eine Entscheidung über Erfolg oder Misserfolg fallen müsse. Neue Deadline: Sonntag 18 Uhr.

Die Ansage kam mit gutem Grund. Am Samstagvormittag hatte es ein Sechsaugengespräch zwischen Merkel, Seehofer und Lindner gegeben. Die Kanzlerin und der bayerische Ministerpräsident registrierten offenbar den Frust des FDP-Chefs angesichts der festgefahrenen Verhandlungen. Zumindest fragten sie ihn, ob er eine Jamaika-Koalition überhaupt noch wolle. Seine Antwort: „Das weiß ich nicht, ob ich das jemals gewollt habe. Das wollen wir doch hier überprüfen.“ Er habe aber Zweifel an der Erfolgswahrscheinlichkeit.

Am Sonntagmorgen wollten die Liberalen angesichts des Stillstands dann Konsequenzen ziehen und aus den Gesprächen aussteigen. Lindner und sein Parteivize Wolfgang Kubicki kamen mit Merkel, Seehofer, Unions-Fraktionschef Wolfgang Kauder und CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt zusammen. Die FDP-Spitze teilte den Unions-Leuten mit, man sehe keine Vertrauensbasis mehr, die inhaltlichen Differenzen mit den Grünen seien nicht zu überbrücken. Man solle die Gespräche abbrechen. Als Beleg führte Lindner ein Interview des Grünen-Politikers Jürgen Trittin in der „Bild am Sonntag“ an. Trittin hatte darin die Bedingungen für den Flüchtlingskompromiss diktieren wollen.

Merkel und Seehofer bestanden jedoch darauf, den Tag weiterzuverhandeln. Die Kanzlerin hatte sich in den vergangenen Wochen auch über die ein oder andere Provokation geärgert, die Lindner

in Interviews unternahm. Doch unabhängig von der Frage, wer die Gespräche nun wie belastet hat: Spätestens bei dem Treffen mit Lindner und Kubicki mussten auf Unionsseite alle Alarmglocken schrillen. Deutlicher konnte die Warnung der Liberalen, dass sie aussteigen würden, kaum ausfallen.

Merkel reagierte. Sie führte auf Lindners Wunsch ein „Reißverschlussverfahren“ ein. Nicht mehr die Fachpolitiker sollten vortragen. Am frühen Sonntagnachmittag präsentierte jeder Parteivorsitzende ein Thema, bei dem dann ein Kompromiss ausgelotet werden sollte. So ging es reihum. Seehofer forderte die Obergrenze für Flüchtlinge und sprach sich gegen den Familiennachzug aus. Lindner beharrte auf dem Soli-Aus und lehnte ein Euro-Zonen-Budget ab, die Grünen trugen ihre Position zum Klimaschutz vor. Dann vertagte man sich um 16.30 Uhr, um parteiintern noch einmal die Vorschläge des jeweils anderen zu besprechen.

Nach mehreren Stunden trat dann wieder um 22 Uhr die kleine Runde zusammen. Was dann passiert ist, darüber gibt es keine Aufzeichnung, weil alles auf Zuruf geschah. Es reichte aber offenbar, damit die FDP den Entschluss fasste, die Gespräche an diesem Punkt zu beenden. So wehrten sich die Grünen gegen eine Formulierung von Union und FDP zum Euro-Rettungsfonds ESM. Merkel wollte den Satz daraufhin streichen. Während Union und FDP ihre skeptische Haltung zu weiteren Risikoteilungen in der europäischen Bankenunion verankern wollten, lehnten die Grünen das ab. Merkel wollte die Formulierung von den Grünen übernehmen. In der Wahrnehmung der FDP-Unterhändler war die Kompromissbereitschaft der Kanzlerin gegenüber ihnen und den Grünen recht ungleich verteilt.

Auch beim Familiennachzug gab es zu diesem Zeitpunkt immer noch keinen Kompromissvorschlag. Ähnlich verhielt es sich bei den Klimaverhandlungen. Es wurde kurz noch darüber geschachert, um wie viel Gigawatt die Kohleverstromung abgebaut werden sollte. Beim Soli boten CDU und CSU eine Entlastung von vier (2020) und sechs (2021) Milliarden Euro an. Der Rest sollte dann in einem Gesetz geregelt werden, das den Abbau bis zum Jahr 2024 vorsieht. Für die FDP, die im Wahlkampf das Soli-Aus innerhalb der Legislaturperiode versprochen hatte, war das nicht akzeptabel.

Die FDP-Spitze kehrte zu ihrer Delegation zurück, schilderte das Ergebnis. Nach kurzer Debatte entschloss man sich zum Ausstieg. Nach Angaben von Teilnehmern habe man dann gemeinsam eine Erklärung formuliert, mit der Lindner Sonntagnacht Jamaika begrub. Der FDP-Chef ging zurück in die Runde und teilte den anderen Unterhändlern den Entschluss mit. „Was ist jetzt der genaue Grund?“, wollte Merkel daraufhin wissen. Lindner antwortete: „Es gibt keinen einzelnen Grund, es gibt nur keine gemeinsame Vorstellung, wohin das Land gehen soll.“